



17.1.2019

Demokratie bedarf der Beteiligung des ganzen Volkes – die Hälfte davon sind Frauen!

Heute vor 100 Jahren, am 19. Januar 1919, bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, konnten Frauen zum ersten Mal in ganz Deutschland wählen und gewählt werden. Viele Jahrzehnte hatten sie darum gekämpft.

82,3 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben im Januar 1919 ihre Stimme ab. Mit 83,0 Prozent war die allgemeine Wahlbeteiligung geringfügig höher ausgefallen. Es kandidierten 300 Frauen, 37 Frauen wurden gewählt. Es dauerte viele Jahre bis der Frauenanteil anstieg. 1961 wurde erstmals eine Frau Bundesministerin. 2005 wurde die erste Bundeskanzlerin gewählt.

Aber - in keinem deutschen Parlament sind Frauen seit 1919 gleichberechtigt vertreten:

Kommunalebene

- 25 Prozent Frauen in kommunalen Vertretungen
- 10 Prozent (Ober-)Bürgermeisterinnen

Landesebene

- 30 Prozent Frauen in Landtagen
- Spannbreite von 41 Prozent in Thüringen bis 25 Prozent in Baden-Württemberg
- Zwei Ministerpräsidentinnen

Bundesebene

- 30,9 Prozent weibliche Abgeordnete
- Fraktionelle Spannbreite von 11 Prozent bei AfD bis zu 58 Prozent Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Prozentpunkte weniger weibliche Abgeordnete als im vorherigen Bundestag

Rheinland-Pfalz

Bei uns in Rheinland-Pfalz ist es der Frauenanteil von durchschnittlich 18,7 % in den Kommunalparlamenten, der besonders beschämend ist. Von insgesamt 32 502 Mandaten gingen bei der letzten Kommunalwahl 2014 lediglich 6093 an Frauen. Manch kleinere Parlamente sind immer noch frauenfreie Zonen.

- Auf ganze 3 Landrätinnen bei 24 Landkreisen haben wir es gebracht,
- auf 3 Oberbürgermeisterinnen von 42
- und 218 Ortsbürgermeisterinnen von 2.263.

Seit der Kommunalwahl 1994 – also über einen Zeitraum von 20 Jahren – ist der Frauenanteil nur um 6 Prozentpunkte gestiegen. Das Ergebnis 2014 bedeutet eine Männerquote von 81,3% in

rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten und steht somit im Widerspruch zum Anspruch von Artikel 2, Absatz 3 GG, Satz 1 „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“.

Gisela Bill, Vorsitzende des Landesfrauenbeirates in Rheinland-Pfalz erklärt dazu: Durch dieses krasse Missverhältnis entsteht nicht nur ein Demokratiedefizit, sondern auch ein Qualitätsmangel in der Politik. Es fehlen der Blickwinkel und die Bewertungskriterien der Hälfte der Bevölkerung, der Frauen. Deren geschlechtsspezifische Erfahrungen, Fähigkeiten und Interessen würden manche politische Planung und Entscheidung ganz anders aussehen lassen und müssen in den Parlamenten abgebildet sein!

Wenn Frauen paritätisch mitentscheiden würden:

- bekämen sie längst das gleiche Geld für die gleiche Arbeit.
- hätten sie gleich viele Sitze in den Chefetagen und in den Parlamenten.
- sie wären in den Parteien nicht unterrepräsentiert.
- und wenn sie von der Erwerbsarbeit heimkämen, würde die Sorge- und Hausarbeit geteilt.

Ein ausgewogenes Mitwirken von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen ist als Grundbedingung für eine demokratische Gesellschaft in unserer Verfassung definiert. Es ist geradezu ein doppelter Verfassungsauftrag – seitens des Grundgesetzes und seitens der EU-Grundrechtecharta – aktiv zu handeln, um die Geschlechterparität in den Parlamenten – insbesondere den Kommunalparlamenten – herzustellen.

Das möchten wir allerdings nicht nur in Sonntagsreden bestätigt bekommen, sondern wir fordern Regierung und Parlament in Rheinland-Pfalz auf, zu handeln.

Für die Kommunalwahl 2019 können nur noch Appelle an die Frauen gerichtet werden, zahlreich zu kandidieren, an die Parteien, sie auch aufzustellen und an die Wählerinnen und Wähler, Frauen auch zu wählen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Bis zur Kommunalwahl 2024 müssen paritätische Wahllisten und der Mut zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes selbstverständlich sein!“

Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz
Vorsitzende
Gisela Bill
c/o LFB-Geschäftsstelle
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Str. 5 a
55116 Mainz
mffjiv.rlp.de/de/themen/frauen/landesfrauenbeirat-rheinland-pfalz

Telefon 0178/2324902